



Pressemitteilung

Ansbach, 23.02.2011

Planungsrecht für Katterbach-Umgehung „handfester politischer Skandal“

Wünsche der US-Armee in Ansbach kosten Steuerzahler 20 Millionen Euro

Kritik an Verfahren: Mauschelei zwischen Militär, Staatsregierung und Ministerium?

Die Informationen im Rahmen der Stadtratssitzung am 22.02.11, wonach für die von der US-Armee geforderte Nordumgehung Katterbachs seitens des Bundesverkehrsministeriums bereits Planungsrecht erteilt wurde, hat die Offene Linke jetzt als „handfesten politischen Skandal“ bezeichnet. Offenbar solle „im Schnellverfahren heimlich, still und leise dieses überflüssige Verkehrsprojekt durchgedrückt werden, das niemand in Ansbach braucht“. Da das Ministerium auch den von der Stadt favorisierten Kreisel am Windmühlberg ablehnt, ufert der Flächenfraß weiter aus und es nähern sich die Kosten für den Steuerzahler mit Blick auf die Verkehrsinfrastruktur im Zuge der US-Ausbaupläne der 20-Millionen-Euro-Marke.

Obwohl die Katterbach-Umgehung nicht im Bundesverkehrswegeplan enthalten ist und die Notwendigkeit dieses Vorhabens von der Bundesregierung bereits 2008 zurückgewiesen wurde, hat das Ministerium jetzt überraschend einen unvorhergesehenen Bedarf erkannt, während aktuelle Verkehrszahlen an der B14 weiterhin zurückgehalten werden und der ursprünglich geplante Baufortschritt der Militärsiedlung am Urtas in weite Ferne gerückt ist. Die Offene Linke erneuerte ihre Vermutung, dass der wahre Grund des Vorhabens Pläne zur Erweiterung der Katterbacher Kaserne seien.

Mit Katterbach-Umgehung, Monster-Knoten am Urtas, Leitungsverlegungen der Stadtwerke und Entschädigungen für die notwendig werdenden Enteignungen von Grundstücksbesitzern explodieren nun wieder die Kosten für die Steuerzahler und auch für Leistungen von Unternehmen im (Teil-) Besitz der Stadt. Indes wird die US-Armee als alleiniger Nutznießer offenbar in keiner Weise an den Kosten beteiligt werden. Dass für diese überflüssige Maßnahme vordringlichere Verkehrsprojekte in der Region auf der Strecke bleiben werden, sei nicht hinnehmbar: „Mit einem Bruchteil der Gelder könnten etwa die baulichen Voraussetzungen für einen ICE-Halt in Ansbach geschaffen werden“, verglich die Offene Linke.

Das Schnellverfahren in Sachen Katterbach-Umgehung gebe zudem Raum für Spekulationen, dass hier geordnete Verfahren durch Mauscheleien zwischen Militär, Staatsregierung und dem CSU-geführten Ministerium ersetzt wurden und so zu den Entscheidungen zu Lasten der Interessen der Bevölkerung geführt haben könnten. Daher sei es gut, dass sowohl Linksfraktion als auch Grünen-Fraktion im Bundestag diese Vorgänge auf die Tagesordnung im Parlament bringen werden, erklärte die Offene Linke abschließend, die gleichzeitig ankündigte, neben politischen auch rechtliche Schritte gegen die unnötigen Projekte prüfen zu wollen.

gez. Boris-André Meyer, Stadtrat